



öffentlich

Betreff:

Prüfung der Versicherungskosten der Pro Potsdam durch das Rechnungsprüfungsamt

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum: 03.01.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
26.01.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt das Rechnungsprüfungsamt mit der Prüfung der Versicherungsverträge der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam.

Insbesondere soll geprüft werden, ob die Höhe der Versicherungskosten insgesamt angemessen ist, ob hinreichende Vorkehrungen gegen Doppelversicherungen getroffen wurden und ob die Umlage der Versicherungskosten auf die Mieter*innen korrekt erfolgt.

Das Rechnungsprüfungsamt wird gebeten, den Rechnungsprüfungsausschuss spätestens im Mai 2022 über den Sachstand zu informieren.

Liane Enderlein und Uwe Rühling
Fraktionsvorsitzende

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In den letzten Monaten erreichten uns mehrere Beschwerden von Bürger*innen und Kulturträgern zur Höhe der Versicherungskosten, die die ProPotsdam auf die Mieter*innen umlegt. Diese Kostenanteile sind in den letzten Jahren deutlich stärker als in vielen Privatmietverhältnissen gestiegen. Außerdem ist zu bemängeln, dass die Darstellung dieser Kosten sehr intransparent erfolgt.

Trotz eines Gespräches mit der Geschäftsführung der ProPotsdam blieben einige Fragen offen. Wir gehen davon aus, dass diese nur durch eine vertiefte Prüfung der Versicherungsverträge durch Fachleute abschließend geklärt werden können.

Die städtische Wohnungsgesellschaft sollte sich darum bemühen, die Mietnebenkosten zu begrenzen und damit insbesondere Geringverdienende und Familien zu entlasten. Die Versicherungskosten stellen inzwischen in immer mehr Fällen neben den Wasserkosten den höchsten Posten in der Mietnebenkostenabrechnung dar.

Wenn Leistungen sowohl durch die ProPotsdam als auch durch subventionierte Kulturträger, soziale Einrichtungen und Sportvereine versichert werden, kann daraus eine höhere finanzielle Belastung der öffentlichen Hand entstehen. Eine Optimierung der Versicherungsverhältnisse soll auch dazu beitragen, Doppelversicherungen zu erkennen und zu reduzieren.



Einreicher: **Fraktion DIE aNDERE**

Betreff: **Prüfung der Versicherungskosten der Pro Potsdam durch das Rechnungsprüfungsamt**

Erstellungsdatum 27.06.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:	Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung		
Gremium		
29.09.2022		
Rechnungsprüfungsausschuss	x	

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt das Rechnungsprüfungsamt (RPA) mit der Prüfung der Versicherungsverträge der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam.

Insbesondere soll geprüft werden,

- ob Ausschreibung und Vergabe der Versicherungsleistungen korrekt erfolgte und
- ob auch Leistungen versichert sind, die bereits durch Versicherungen z.B. von Kulturträgern, und Vereinen, die öffentliche Fördermittel erhalten, gedeckt sind (Doppelversicherungen).

Das RPA wird gebeten, den Rechnungsprüfungsausschuss über den Sachstand zu informieren.

Begründung:

In den letzten Monaten erreichten uns mehrere Beschwerden zur Höhe der Versicherungskosten, die die ProPotsdam umlegt. Diese Kostenanteile sind in den letzten Jahren deutlich stärker als in vielen Privatmietverhältnissen gestiegen. Trotz eines Gespräches mit der Geschäftsführung der ProPotsdam blieben einige Fragen offen. Wir gehen davon aus, dass diese nur durch eine vertiefte Prüfung abschließend geklärt werden können.

Wenn Leistungen sowohl durch die ProPotsdam als auch durch subventionierte Kulturträger und soziale Einrichtungen versichert werden, kann daraus eine höhere finanzielle Belastung der öffentlichen Hand entstehen. Eine Optimierung der Versicherungsverhältnisse soll dazu beitragen, Doppelversicherungen zu erkennen und Kosten zu reduzieren.